



Newsletter-Vorlage



Strategische Ausrichtung der Post – Fokus muss auf Kerngebieten liegen

Nachdem die Schweizerische Post im turbulenten Jahr 2009 kaum aus den Negativschlagzeilen rausgekommen ist, liegt es nun am Verwaltungsrat die Kräfte zu konsolidieren und eine neue Strategie zu erarbeiten. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economiessuisse

Altlasten abwerfen – zugunsten des Standorts Schweiz

Mit dem Amtshilfeabkommen zur Auslieferung von Steuerdaten im UBS-Fall zwischen der Schweiz und den USA will der Bundesrat den Rechtskonflikt zwischen der Schweiz und den USA endgültig regeln. Damit die Schweiz als zuverlässiger Wirtschaftspartner dasteht und der Vertrag umgesetzt werden kann, braucht es nun die nachträgliche Zustimmung des Parlaments. economiessuisse setzt sich für die Ratifikation des Abkommens ohne Wenn und Aber ein. Es geht im Kern darum, Altlasten abzuwerfen, den lähmenden Rechts- und Steuerstreit zu beenden und die Wirtschaftsbeziehungen mit den USA zu normalisieren.

Die USA sind der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz. Für viele kleine und grosse Exportfirmen ist der US-Markt unentbehrlich. Die Ratifikation ist deshalb nicht nur für die UBS und für unseren Finanzplatz, sondern für den Wirtschaftsstandort Schweiz von Bedeutung. Denn eine Nichtratifikation – und damit das Nichteinhalten des Amtshilfeabkommens – dürfte unser Land wieder unnötig in die Defensive drängen.

Selbst ohne schwarzzumalen lässt sich erahnen, wie der Druck der USA unweigerlich wieder ansteigen könnte. Massnahmen wie das Wiederaufleben „schwarzer Listen“ (Stop Tax Haven Abuse Act) oder die Einführung von Strafsteuern im Zahlungs- und Wirtschaftsverkehr dürfen wir nicht zulassen. Solche Massnahmen würden die Schweizer Unternehmen im internationalen Wettbewerb massiv benachteiligen. Die Folgen für den Wirt-

Halbierung der Kontingente für Drittstaatsangehörige schadet Wirtschaftsstandort

Der Bundesrat hat die Kontingente für Drittstaatsangehörige für das Jahr 2010 halbiert. Diese Entscheidung wirkt sich negativ auf die Personalpolitik von Unternehmen aus, die auf aussereuropäische Spezialisten angewiesen sind. Zudem wird dadurch dem stark international ausgerichteten Wirtschaftsstandort Schweiz Schaden zugefügt. [mehr »](#)

Grafik des Monats: Überholtes Privileg "2,4 Prozent für unser täglich Brot"

economieuisse in "Expertengruppe e-health" des Bundes

Das Eidg. Departement des Innern (EDI) hat eine «Expertengruppe eHealth» eingesetzt. Bis Ende September soll die Arbeitsgruppe einen Bericht über Inhalt und Ausgestaltung der rechtlichen Regelungen für den Bereich eHealth vorlegen. economiessuisse verlangt Gesetzesnormen, die das Individuum ins Zentrum stellen. Ein eigentliches eHealth-Gesetz erachtet die Wirtschaft als unnötig. [mehr »](#)

Klimapolitik gemeinsam mit der Wirtschaft

2012 geht das Kyoto-Protokoll zu Ende. Es wird sich zeigen, welche Länder ihre Klimaschutzverpflichtungen einhalten konnten. Die Schweiz wird ihre Kyoto-Ziele erreichen. Den grössten Beitrag zur Zielerreichung (mehr als 90 Prozent) hat die Wirtschaft geleistet. Eine Abkehr vom Erfolgspfad, wie dies etwa mit der Klima-Initiative gefordert wird, wäre aus Sicht der Wirtschaft nicht sinnvoll, denn eine gute Klimapolitik hängt von der langfristigen Glaubwürdigkeit und dem Einbezug der Bevölkerung und der Wirtschaft ab. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: Europa wird griechisch

Swissness - Besserer Schutz von "Swiss made"

Mit der Swissness-Vorlage will der Bundesrat die Marke „Schweiz“ besser schützen. economiessuisse unterstützt dieses Vorhaben und setzt sich für ein branchengerechtes Schutzniveau ein. [mehr »](#)

Strommarkt ohne unnötige energiepolitische Zutaten

Die bevorstehende Revision des Stromversorgungsgesetzes ist wichtig und nötig. Unnötig ist die Verteuerung des Stroms für Industrie und KMU. Durch die Revision sollen die wichtigsten Fussangeln entfernt und nicht neue eingebaut werden. [mehr »](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: chocosuisse

Bahn 2030: Finanzierung setzt falsche Anreize

Das Bundesamt für Verkehr und die SBB haben am 23. März über den Stand der Planung zur Bahn 2030 informiert. „Bahn 2030 heisst mehr Sitzplätze, mehr Züge und mehr Platz in den Bahnhöfen“ sagt der scheidende Direktor des BAV Max Friedli. economiessuisse zeigt sich besorgt über die Finanzierung und fordert, dass diese verursachergerecht ausfällt. [mehr »](#)

KMU-Portrait: Die Welt ist dreidimensional

Erste Schritte nach Kopenhagen: Rolle der Privatwirtschaft

Nach dem Stillstand der UNO-Weltklimakonferenz von Dezember 2009 in Kopenhagen und zur Wiederbelebung der Gespräche unter den beteiligten Akteuren hat ICC Switzerland zusammen mit dem Business Humanitarian Forum, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der University for Peace (UPEACE) zwei Workshops organisiert. Die Anlässe vom 23. März in Genf und vom 25. März 2010 in Zürich standen unter dem Thema „First Steps after Copenhagen: The Private Sector's Role in Dealing with Climate Change“. [mehr »](#)

schaftsstandort Schweiz wären verheerend. Die Ratifikation ist deshalb – auch wenn die Rückwirkung nicht lupenrein ist – die bessere Alternative im Interesse unseres Landes. Dabei ist wichtig, dass die Genehmigung dieses Abkommens nicht für kontraproduktive innenpolitische Manöver missbraucht oder unnötig mit sachfremden Geschäften vermischt wird.

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 18 Seiten, 0.5 MB)

Agenda

15.04. - Forum der Schweizer Aussenwirtschaft

16.04.

01.06. Tag der Beratung der ASCO

Publikationen

- » Vernehmlassungsantwort: Genehmigung und Änderung der Aarhus-Konvention und Änderung des Umweltschutzgesetzes
- » Jahrbuch: Die Schweizer Wirtschaft
- » Medienmitteilung: Mit Unternehmergeist und Selbstvertrauen aus der Krise
- » dossierpolitik: Branchengerechter Swissness-Schutz für einen starken Standort
- » Sessionsbericht: Dritte Woche Frühjahrsession
- » Medienmitteilung: Ursula Fraefel neue Kommunikationschefin
- » Vernehmlassungsantwort: Parlamentarische Initiative 05.142 – unrechtmässige Verwendung von Vermögenswerten, die durch nicht arglistige Täuschung erlangt wurden
- » Vernehmlassungsantwort: Ordentliche Revision des Heilmittelgesetzes (HMG), 2. Etappe
- » Medienmitteilung: Forschungsfreiheit bei Umsetzung bewahren
- » Medienmitteilung: Probleme der 2. Säule ungelöst
- » dossierpolitik: Ein neues Präventionsgesetz – Fluch oder Segen?

Strategische Ausrichtung der Post – Fokus muss auf Kerngebieten liegen

17.11.2008 16:56

Nachdem die Schweizerische Post im turbulenten Jahr 2009 kaum aus den Negativschlagzeilen rausgekommen ist, liegt es nun am Verwaltungsrat die Kräfte zu konsolidieren und eine neue Strategie zu erarbeiten.



Zum einen stellt sich die Frage, wie die Post mit ihren Auslandaktivitäten umgehen soll. Weiter steht die Post vor der Herausforderung eines rückläufigen Briefmarkts. Schliesslich ist danach zu fragen, welche Konsequenzen sich aus einer Marköffnung ergeben würden.

Expansion der Geschäftstätigkeiten führt zu Verzettlung der Kräfte

Die bisherigen Expansionsversuche der Schweizerischen Post ins Ausland waren nicht von grossem Erfolg gekrönt. Selbst der Versuch, im Ausland zu produzieren und dann Dienstleistungen zu reimportieren (Direktmarketing), war nur aufgrund der Lohndifferenzen gewinnbringend. Im Alleingang müsste die Post grosse Investitionen tätigen um sich auf dem europäischen Markt zu positionieren, dennoch ist es fraglich ob die Rentabilität der neuen Geschäftsfelder höher wäre als diejenige im Kerngeschäft. Bisher verfolgte der schweizerische Universalienanbieter im Ausland eine Nischenstrategie, wahrscheinlich wäre der Versuch mittelfristig mit einem globalen oder europäischen Marktteilnehmer eine Allianz zu bilden die attraktivere Strategie. Dazu müsste sich die Post allerdings vermehrt auf ihr Kerngeschäft fokussieren und ihre Effizienz steigern – mit einem klaren Profil bestehen die besten Aussichten darauf, einen geeigneten Partner zu finden. Das Wachstum im Ausland, die Forderung nach einer Banklizenz und der Einstieg ins Berufsbekleidungs-geschäft – um nur einige Beispiele zu nennen - legen nahe, dass sich die Post in ihren Geschäftstätigkeiten zu verzetteln droht. Die Vergabe einer Banklizenz birgt nicht nur ordnungspolitische Risiken, da eine bundesstaatliche Bank entstehen würde, es würde überdies auch das Risikoprofil des Unternehmens stark beeinflussen sowie eine Abkehr von einem Kerngeschäft, nämlich der Sicherstellung eines effizienten Zahlungsverkehrs bewirken. economisesuisse zeigt sich über die Expansionspläne besorgt und ermahnt die Post sich in ihren strategischen Überlegungen auf ihr Kerngeschäft im Schweizer Markt fokussieren. Dies würde den Ertrag stabilisieren und stärken sowie langfristig eine klare Positionierung im Hinblick auf die Entwicklung im europäischen Kontext ermöglichen.

Briefmarkt im Umbruch: Antworten auf den Bedarf nach elektronischem Briefverkehr

Es ist eine Tatsache, dass immer weniger adressierte Briefe versandt werden und Kunden seltener traditionelle Poststellen benützen. Neben konjunkturellen Einbrüchen ist dieser Rückgang vor allem auf strukturelle Entwicklungen zurückzuführen. Experten sprechen von einem Briefmengenrückgang von 2 Prozent pro Jahr; eine Grössenordnung mit der umzugehen ist und die mittelfristig keine substantielle Bedrohung darstellt. Dem Rückgang ist mit einer Effizienzsteigerung entgegenzuwirken, gleichzeitig gilt es im elektronischen Briefverkehr Marktanteile zu erobern. In Anbetracht des starken Brand der Post, ist die Ausgangslage komfortabel. Erste Schritte in diese Richtung hat die Post mit der Lancierung von „Suisse ID“ bzw. „Suisse Stick“ (elektronischer Identitätsausweis) bereits getätigt. Was die rückläufige Nutzung der Poststellen anbelangt, so kann diesem Problem mithilfe von Agenturen (Partnerschaften mit Ladenbetreibern oder Tankstellenshops) Abhilfe geschaffen werden. Auf diese Weise können auch in Randregionen lange Schalteröffnungszeiten gewährleistet werden.

Marktöffnung ist eine Chance – am Ende profitiert der Kunde

Die Zunahme des Wettbewerbs durch den Wegfall des Monopolschutzes stellt die dritte strategische Herausforderung dar. Die düstere Prognose der Post, dass der rückläufige Briefmarkt den Service Public gefährde, hat sich als massive Übertreibung herausgestellt, der Service Public war noch nie so gut finanziert wie heute. Die Post konnte 2009 einen Umsatz von 8,7 Mrd. Franken erwirtschaften und 782 Mio. Franken Gewinn ausweisen – vor 25 Jahren musste der Staatsbetrieb jährlich noch 500 Mio. Verlust verbuchen. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt auf die bisherigen Liberalisierungsschritte zurück zu führen. Die Post ist heute ein Unternehmen dessen Marktanteil selbst in offenen Bereichen der Paketdienste rund 80 Prozent ausmacht. Bislang wehrt sich die Post erfolgreich gegen eine Öffnung, weil sie befürchtet, einem härteren Wettbewerb ausgesetzt zu werden. Dabei dürfte die Öffnung mehr Nutzen als Schaden bringen: Laut Experten brächte die Revision des Postorganisationsgesetzes jährliche Einsparungen zwischen 100 und 200 Mio. Franken. Die neuen Freiheiten würden es der Post erlauben sich effizienter organisieren zu können. Ausserdem würden vor allem die Kunden von der Marktöffnung profitieren. Einerseits hätten sie die Wahl zwischen verschiedenen Marktteilnehmern, andererseits wäre die Post wegen des Marktdrucks ihre Preise zu senken. Gleichzeitig würde die Attraktivität der Schweiz für ein Engagement direkter Konkurrenten steigen.

Rückfragen:

dominique.reber@economiesuisse.ch



economiesuisse

Halbierung der Kontingente für Drittstaatsangehörige schadet Wirtschaftsstandort

01.04.2010 17:00

Der Bundesrat hat die Kontingente für Drittstaatsangehörige für das Jahr 2010 halbiert. Diese Entscheidung wirkt sich negativ auf die Personalpolitik von Unternehmen aus, die auf aussereuropäische Spezialisten angewiesen sind. Zudem wird dadurch dem stark international ausgerichteten Wirtschaftsstandort Schweiz Schaden zugefügt.

Hintergrund des Bundesratsentscheids war die zunehmende Nettozuwanderung in die Schweiz und die dagegen erhobenen Forderungen nach migrationspolitischen Restriktionen. Das Bundesamt für Migration verfolge damit eine konsequente Umsetzung der migrationspolitischen Grundsätze, wonach die Rekrutierung in Drittstaaten nur subsidiär zur Rekrutierung in der Schweiz und den EU-17-/EFTA-Staaten erfolgen soll. Diesbezüglich hätten gewisse Bewilligungsgesuche nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprochen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt economiesuisse, die Bewilligungsgesuche für aussereuropäische Mitarbeitende nach den gesetzlichen Kriterien zu begründen und die geforderten Nachweise umfassend zu liefern.

Die Schweizer Wirtschaft ist global ausgerichtet und unser Land beheimatet eine Vielzahl international tätiger Unternehmen. Diese erwirtschaften ein Drittel des schweizerischen BIP und beschäftigen ebenfalls rund ein Viertel aller Erwerbstätigen. Um die wertschöpfungsintensiven Tätigkeiten am Standort Schweiz ausführen zu können, sind die Firmen auch auf aussereuropäische Spezialisten angewiesen. Sei dies in der Maschinen- oder der chemisch-pharmazeutischen Industrie, sei es bei Finanzdienstleistern oder Informatikunternehmen. Durch die Halbierung der Kontingente besteht nun das Risiko, dass die Beschäftigung von Drittstaaten-Ausländern nicht mehr im notwendigen Umfang gewährleistet werden kann. Konzerne werden dann vermehrt die betroffenen Arbeiten ins Ausland verlagern. Eine solche Entwicklung würde auch Schweizer negativ tangieren.

Engpässe melden!

Der Bundesrat wird im Juni 2010 über die Freigabe weiterer Kontingente entscheiden. economiesuisse empfiehlt den Mitgliedern, die Bewilligungsgesuche für Drittstaaten-Ausländer nach den gesetzlichen Kriterien sehr gut zu begründen. Auftretende Engpässe bei der Personalrekrutierung gilt es zu dokumentieren und dem Arbeitgeberverband zu melden (verband@arbeitgeber.ch).

Rückfragen:

peter.flueckiger@economiesuisse.ch



Grafik des Monats: Überholtes Privileg "2,4 Prozent für unser täglich Brot"

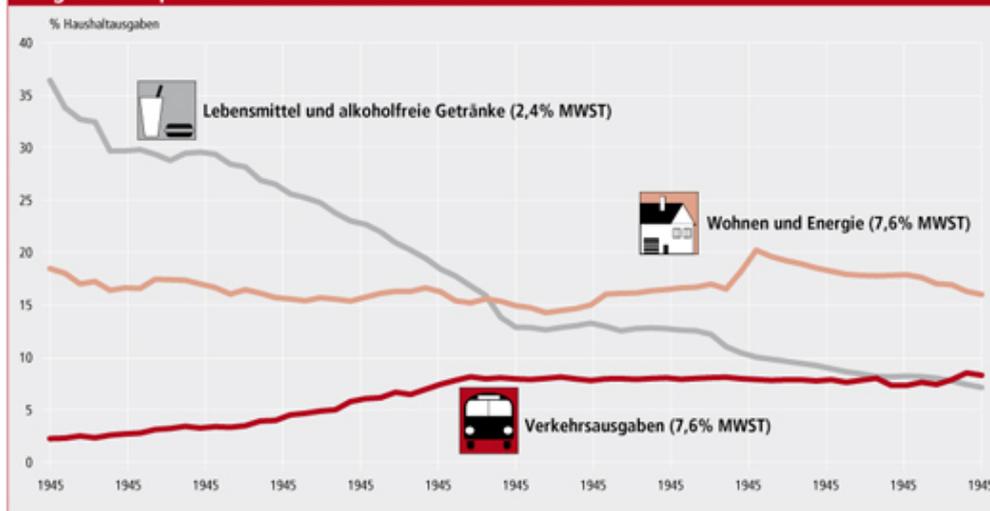
01.04.2010 17:00

Prozentual wird immer weniger für Nahrungsmittel ausgegeben. Trotzdem werden diese Güter bei der Mehrwertsteuer privilegiert besteuert. Ein einheitlicher tiefer Konsumsteuersatz, der alle Bedürfnisse gleich behandelt, wäre moderner und gerechter.

In der Schweiz gilt bei der Mehrwertsteuer für Medikamente und Zeitungen, vor allem aber für Nahrungsmittel, ein reduzierter Satz. Er beträgt derzeit 2,4%. Im Zuge der befristeten IV-Zusatzfinanzierung wird er auf 2,5% angehoben. Der Normalsatz, der fast 80% der besteuerten Waren und Dienstleistungen belastet, wird dann 8% betragen.

Diese einseitige umsatzsteuerliche Privilegierung hat historische Gründe. 1941, als die Warenumsatzsteuer eingeführt wurde, wurden einige für die Privathaushalte besonders wichtige Waren von der neuen Steuer befreit. Dazu gehörten Nahrungsmittel wie Getreide und Milch, aber auch Gas und Elektrizität. Die Befreiung wurde in der Folge sukzessive ausgeweitet. 1959 entsprachen die privilegiert besteuerten Güter etwa jenen von heute. Zudem schlossen sie gastgewerbliche Leistungen ein.

Ausgaben der privaten Haushalte in der Schweiz: 1945 bis 2007



Wie die Grafik zeigt, war der Anteil der Nahrungsmittel an den Gesamtausgaben der Privathaushalte vor sechzig Jahren tatsächlich gross. In der Zwischenzeit hat sich der Anteil stark verringert, die Bedeutung anderer Ausgaben ist gewachsen. Trotzdem wurde das Nahrungsmittelprivileg in die Mehrwertsteuer in Form des reduzierten Satzes übernommen. Heute geben die Haushalte weniger als 8 Prozent für Nahrungsmittel aus. Der Anteil von Energie und Wohnen beträgt das Doppelte. Auch die Haushaltsausgaben für den Verkehr sind stark gestiegen. Trotzdem werden alle diese Leistungen offen oder verdeckt mit dem Normalsatz besteuert. Auch Gastronomieleistungen unterliegen heute dem Normalsatz, genauso wie Kleider, das Internet-Abo oder die obligatorischen Kindersitze.

„2,4 Prozent für unser täglich Brot“ – die Grafik zeigt, dass das Nahrungsmittelprivileg überholt ist. Was zum „täglichen Bedarf“ gehört, ist heute mehr denn je individuell und Veränderungen unterworfen. Ein einheitlicher tiefer Steuersatz, der alle Interessen und Konsumbedürfnisse gleich behandelt, wäre gerechter und moderner. Was wirklich und für alle „unverzichtbar“ ist, wird man für die Zwecke der Mehrwertsteuer nie schlüssig beantworten können.

Rückfragen:

frank.marty@economiesuisse.ch



economiesuisse

economiesuisse in "Expertengruppe e-health" des Bundes

01.04.2010 17:00

Das Eidg. Departement des Innern (EDI) hat eine «Expertengruppe eHealth» eingesetzt. Bis Ende September soll die Arbeitsgruppe einen Bericht über Inhalt und Ausgestaltung der rechtlichen Regelungen für den Bereich eHealth vorlegen. economiesuisse verlangt Gesetzesnormen, die das Individuum ins Zentrum stellen. Ein eigentliches eHealth-Gesetz erachtet die Wirtschaft als unnötig.

Die elektronische Vernetzung im Gesundheitswesen, das sogenannte eHealth, konnte sich in der Schweiz noch nicht wie gewünscht entfalten. Dies bestätigt auch der kürzlich erschienene eHealth Barometer. Ein Grund dafür sind die fehlenden rechtlichen Grundlagen. Während in den Kantonen punktuelle Normen existieren, fehlen diese auf Bundesebene. Bei ungenügender Rechtssicherheit kann sich jedoch kein gutes Investitionsklima entfalten. Die «Expertengruppe eHealth» unter der Leitung des Präsidenten Dr. Markus Moser soll mögliche Wege aufzeigen, wie die Gesetzeslage für eHealth verbessert werden kann. Die Arbeitsgruppe besteht aus zehn Mitgliedern. Die Wirtschaft bekleidet lediglich einen Sitz.

Welche Kernelemente müssen gesetzlich verankert werden? Aus Sicht der Wirtschaft genügen wenige griffige Normen. Zu viele und zu detaillierte Vorschriften sind unnötig und sogar schädlich. Als erstes soll der Grundsatz eines elektronischen Patientendossiers gesetzlich verankert werden. Jede Person hat Anrecht auf ein standardisiertes E-Patientendossier. Das Dossier muss unbedingt international interoperabel ausgestaltet werden. Dies erfordert eine zwingende Abstimmung auf bestehende internationale Standardisierungen. Im Weiteren müssen die Zugriffsberechtigungen geregelt werden. Der Zugriff über Zertifikate hat sich im IT-Bereich etabliert. Der Patient verwaltet die Berechtigungen. Ein eigentlicher Vertrauensarzt soll nicht vorgeschrieben werden. Jede Person kann selber entscheiden, wer für sie im Notfall entscheiden soll.

Schliesslich muss das Prinzip der Freiwilligkeit für Patient und Leistungserbringer gleichermassen fest geschrieben werden. Ein Zwang, eHealth Instrumente zu verwenden, bringt nichts. Vielmehr sollen die Reformen im Gesundheitsbereich derart weiter entwickelt werden, dass die Nutzung dieser Hilfsmittel dem Patienten und dem Arzt einen echten Mehrwert bietet. Auf diese Weise werden sich die eHealth-Instrumente nach den Bedürfnissen der Endverbraucher richten.

Mehr Informationen:

[Webnews "Erster Swiss eHealth Barometer erschienen"](#)

Rückfragen:

fridolin.marty@economiesuisse.ch



economiesuisse

Klimapolitik gemeinsam mit der Wirtschaft

01.04.2010 17:00

2012 geht das Kyoto-Protokoll zu Ende. Es wird sich zeigen, welche Länder ihre Klimaschutzverpflichtungen einhalten konnten. Die Schweiz wird ihre Kyoto-Ziele erreichen. Den grössten Beitrag zur Zielerreichung (mehr als 90 Prozent) hat die Wirtschaft geleistet. Eine Abkehr vom Erfolgspfad, wie dies etwa mit der Klima-Initiative gefordert wird, wäre aus Sicht der Wirtschaft nicht sinnvoll, denn eine gute Klimapolitik hängt von der langfristigen Glaubwürdigkeit und dem Einbezug der Bevölkerung und der Wirtschaft ab.

Die Schweiz setzt sich seit jeher für den Klimaschutz ein und arbeitet auf ein internationales Abkommen hin, denn es braucht einen internationalen Rahmen zur Lösung eines globalen Problems. Dieser Prozess ist noch längst nicht abgeschlossen. Dabei ist es wichtig, dass Klimapolitik nicht für Interessen der Konjunkturpolitik, Entwicklungszusammenarbeit oder Handelspolitik eingespannt wird. Dies ist der Fall, wenn hohe Klimaschutzziele nur zum Preis von neuen Handelsbarrieren oder milliardenschweren Transferzahlungen durchgesetzt werden sollen.

Kyoto-Protokoll: Die Schweiz hat ihre Hausaufgaben gemacht

Hinter diesem Erfolg stehen in erster Linie freiwillige Massnahmen und private Investitionen der Wirtschaft. Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW), der Stiftung Klimarappen und die Branchenvereinbarung der Zementindustrie reduzieren den Ausstoss um rund 5 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr, was etwa zehn Prozent der Treibhausgasemissionen des Jahres 1990 entspricht. Die Transaktionskosten dieser Massnahmen sind ausserordentlich gering.

CO₂-Reduktion: Die wahren Chancen der Schweiz liegen im Ausland

Gemäss einer Studie von McKinsey liegt die wahre Chance für die Schweiz bei der Reduktion von CO₂ und anderen Treibhausgasen im Export. Unsere Standards in Industrie, Bau sowie im effizienten Einsatz von Ressourcen können, weltweit eingesetzt, mindestens soviel CO₂ einsparen, wie es uns mit eigenen Anstrengungen im Inland möglich wäre. McKinsey belegt, dass bis zum Jahr 2020 etwa 60'000 Arbeitsplätze, davon 15'000 in der Schweiz, im Export von Klimatechnologien und Dienstleistungen geschaffen werden können – ohne Subventionen. Im Inland hingegen sollen dank staatlicher Subventionen rund 15'000 Arbeitsplätze netto entstehen. Binnenorientierte Branchen wie der Bausektor expandieren. Fraglich ist jedoch, was mit den Arbeitsplätzen im Baubereich geschehen soll, wenn nach Abschluss des zehnjährigen Gebäudesanierungsprogramms die Subventionen wegfallen.

Was es braucht, sind wirtschaftsverträgliche und realistische Zielsetzungen. Solange sich keine Einigung auf internationaler Ebene abzeichnet, sind Zwischenziele auf dem längerfristigen Kurs bis 2020 hilfreich. economiesuisse schlägt vor, dass bis 2014 ein Reduktionsziel von 14 Prozent und bis 2020 ein Ziel von 20 Prozent angestrebt wird. Dies ist kompatibel mit der EU und wird vom Bundesrat ebenfalls als erreichbar eingestuft, selbst wenn es einige Hürden zu überwinden gilt. Dieses Ziel lässt sich mit nachweislich funktionierenden Instrumenten erreichen.

Rückfragen:

dominique.reber@economiesuisse.ch

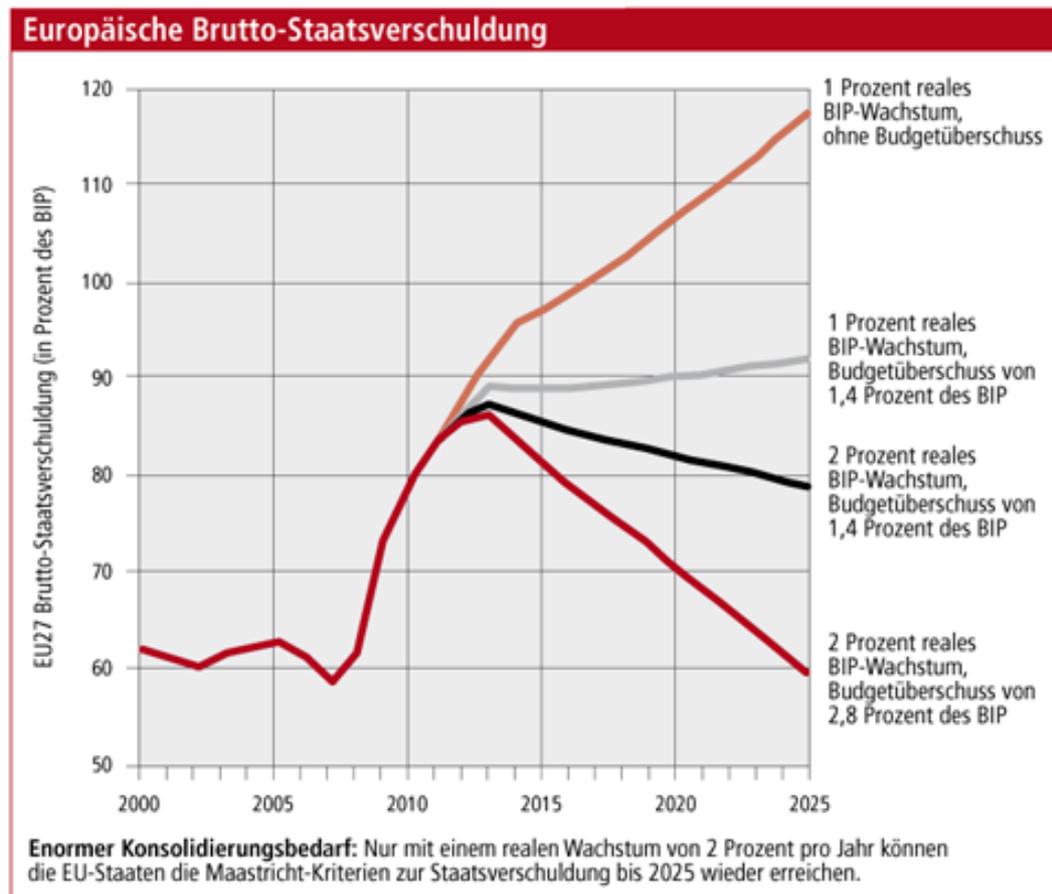
Kolumne aus Brüssel: Europa wird griechisch

01.04.2010 17:00

Herkulesaufgaben und Sisyphusarbeit zur Bewältigung des Schuldenbergs: Die massiven staatlichen Eingriffe haben die kurzfristigen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa gedämpft. Der Preis dafür ist aber hoch und die Staaten Europas werden ihre Schulden über Jahrzehnte abstottern müssen.

Zu diesem Ergebnis kommt eine hochkarätige Arbeitsgruppe von BUSINESSSEUROPE. Die Experten schlagen in einem „Europäischen Aktionsplan“ Massnahmen vor, um die öffentlichen Haushalte langfristig ins Gleichgewicht zu bringen.

Es gibt viel zu tun: Selbst wenn die europäischen Regierungen die Ausgaben für die Kernaufgaben des Staates soweit senken würden, dass diese durch die Einnahmen gedeckt wären, müssten immer noch neue Kredite aufgenommen werden, um die Schuldzinsen bezahlen zu können. Die Staaten der EU wären im Jahr 2017 noch zu 100 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) verschuldet. Sie müssten mehr Geld für den Schuldendienst ausgeben, als für Bildung und Forschung zusammen.



Quelle: BUSINESSSEUROPE, basierend auf AMECO und IV Berechnungen

Um die durchschnittliche Staatsverschuldung in Europa bis ins Jahr 2025 nur schon auf die gemäss den Maastrichtkriterien geforderten 60 Prozent des BSP zu reduzieren, braucht es einen positiven Primärsaldo von 2.8 Prozent des BSP ab 2014. Und auch das wird nur reichen, wenn gleichzeitig die Wirtschaft ein jährliches Wachstum von 2 Prozent aufweist. Zurzeit geht man aber nur von 1 Prozent aus.

Um zu einem nachhaltigen Wachstum und ausgeglichenen Staatsfinanzen zurückzufinden, braucht es eine ganze Reihe von Massnahmen. Von Ausgabenkürzungen und Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor sowie Reformen der Sozialsysteme über gezielte wachstumsfördernde Investitionen bis zu weitreichenden Reformen der Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte.

Die Schweiz hat sich im internationalen Vergleich während der Finanzkrise mit der Neuverschuldung zurückgehalten. Zwar wird 2010 auch für die Schweiz mit einem schuldenbremsenkonformen Staatsdefizit von ca. 2,5 Mia. CHF gerechnet. Sie steht jedoch mit einer Schuldenquote von voraussichtlich unter 50 Prozent in den nächsten Jahren im internationalen Vergleich relativ gut da. Um diesen Wettbewerbsvorteil jedoch künftig beibehalten zu können, braucht es auch weiterhin eine eiserne Ausgabendisziplin, die konsequente Anwendung der Schuldenbremse und die Umsetzung des vom Bundesrat angedachten Konsolidierungsprogramms.

Rückfragen:

francois.baur@economiesuisse.ch

Weitere Informationen:

www.businesseurope.eu



economiesuisse

Swissness - Besserer Schutz von "Swiss made"

01.04.2010 17:00

Mit der Swissness-Vorlage will der Bundesrat die Marke „Schweiz“ besser schützen. economiesuisse unterstützt dieses Vorhaben und setzt sich für ein branchengerechtes Schutzniveau ein.

Die Swissness-Vorlage will die Durchsetzung des Schutzes der Marke „Schweiz“ stärken und die Verwendung des Schweizerkreuzes auf Schweizer Produkten praxisnäher gestalten. Diese Änderungen sind wichtig und werden von Economiesuisse unterstützt. Die «Schweiz» als Marke ist wertvoll. Der Mehrwert, bei einem Produkt die Schweizer Herkunft hervorheben zu können, kann bis zu 20 Prozent des Verkaufspreises ausmachen. Dieser Schutz des „savoir faire Suisse“ ist für Schweizer Unternehmen und für den Produktionsstandort von grosser Bedeutung. Für economiesuisse ist wichtig, dass das Schutzniveau den branchenspezifischen Bedürfnissen angepasst ist und nicht unverhältnismässige Hürden und Kosten verursacht.

Branchenflexibilität wahren

Die aktuelle «Swissness»-Vorlage zielt aus Sicht der Wirtschaft in die richtige Richtung, wird aber dem Aspekt der Branchenflexibilität zu wenig gerecht. Je nach Art von Produkt oder Dienstleistung ist die Gewichtung der Schutzkriterien für den Ruf der Ware unterschiedlich und eine starre Regelung trägt der Praxis zu wenig Rechnung. Ziel der Vorlage muss deshalb sein, die heutige Branchenflexibilität zu bewahren, den Standort Schweiz zu stärken und die Dienstleistungen und Produkte von Schweizer Unternehmen im In- und Ausland besser zu schützen. Den Usanzen ist in der Vorlage verstärkt Rechnung zu tragen. Die Swissness-Regelung muss international abgestimmt sein und darf nicht dazu missbraucht werden, neue Handelsbarrieren oder Diskriminierungen zu errichten. Marktabschottungsversuche unter dem «Swissness-Deckmantel» werden nicht akzeptiert. Economiesuisse wird sich in diesem Sinne für einen wirksamen und branchengerechten Swissness-Schutz zu Gunsten eines offenen Standorts Schweiz einsetzen.

Rückfragen:

caroline.debuman@economiesuisse.ch

Weitere Informationen

[dossierpolitik](#)



economiesuisse

Strommarkt ohne unnötige energiepolitische Zutaten

01.04.2010 17:00

Die bevorstehende Revision des Stromversorgungsgesetzes ist wichtig und nötig. Unnötig ist die Verteuerung des Stroms für Industrie und KMU. Durch die Revision sollen die wichtigsten Fussregeln entfernt und nicht neue eingebaut werden.

Der Schweizerische Strommarkt will keine Gestalt annehmen. Zu viele Hindernisse wurden in Gesetz und Verordnung aufgestellt. Diese verhindern einen attraktiven Markt. Viele nachträgliche Änderungen und noch längst nicht abgeschlossene Rechtsstreitigkeiten haben ein unsicheres Umfeld geschaffen, das der Wirtschaft schadet. Sowohl auf Verbraucherseite wie bei der Strombranche wirkt diese Situation lähmend. Damit werden auch in Zukunft wichtige Investitionen in die Infrastruktur verhindert. Mit immer neuen Auflagen zur Verkabelung von Leitungen, neuen Abgaben auf dem Netzentgelt und einer ungebremsten Tendenz zur Fiskalisierung der Stromversorgung verliert die Schweiz zunehmend den Standortvorteil von vergleichsweise günstigen Strompreisen.

Chance zur Verbesserung jetzt nutzen

Die bevorstehende Revision des Gesetzes ist der geeignete Anlass, um dieser negativen Entwicklung entgegenzutreten. Eine anreizorientierte Regulierung nach dem Beispiel funktionierender Strommärkte wie in Skandinavien muss klare Verhältnisse für die Zukunft schaffen. Viele Detailbestimmungen der heutigen Sonderregelung Schweiz sollen fallen. Ziel muss es sein, einen effizient funktionierenden Markt mit möglichst tiefen Transaktionskosten aufzubauen. Das Gesetz soll sich daher auf die wesentlichen Akteure konzentrieren und jenen den Marktzugang ermöglichen, die ihn auch wollen. Für eine Stromsteuer, dem Bonus-Malus-Tarif für die Industrie, besteht jedenfalls kein Bedarf. Der Nutzen wäre zu gering, der Schaden hingegen gross.

Rückfragen:

urs.naef@economiesuisse.ch



Schwerpunkte unserer Mitglieder: chocosuisse

01.04.2010 17:00

CHOCOSUISSE, Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten, vertritt die Interessen der Schweizer Schokolade-Industrie, bietet den Herstellerfirmen bedarfsgerechten Support und bearbeitet Fragen, die für die gesamte Branche von Interesse sind.

Die Schweizer Schokolade-Industrie umfasst 18 Firmen, allesamt Mitglieder von CHOCOSUISSE, mit etwas über 4'300 Mitarbeitenden. Rund 61 Prozent der im Jahr 2009 verkauften 174'000 Tonnen Schokoladen und Schokoladeprodukte wurden im Ausland abgesetzt. Der Jahresumsatz der Branche beläuft sich auf 1,7 Mia. Franken. Die Geschäftsstelle von CHOCOSUISSE führt gleichzeitig das Sekretariat von BISCOSUISSE, Schweizerischer Verband der Backwaren- und Zuckerwaren-Industrie, und betreibt eine der drei Geschäftsstellen der Foederation Schweizerischer Nahrungsmittel-Industrien (fial).

CHOCOSUISSE bearbeitet branchenspezifische Fragen der Agrarpolitik, des Aussenhandels, des Lebensmittelrechts usw. und identifiziert im Rahmen eines ausgebauten Issue-Managements die besonderen Herausforderungen, denen sich die Branche gegenüber sieht (z.B. Fragen der Lebensmittelsicherheit, Reputationsrisiken usw.), welche adäquat bearbeitet werden. CHOCOSUISSE ist Anlaufstelle für Medienschaffende und beantwortet Tag für Tag zahlreiche Fragen aus dem Publikum rund um Schokolade. Von zentraler Bedeutung ist der Kampf gegen die unlautere Verwendung der Herkunftsbezeichnung „Schweizer Schokolade“ durch ausländische Mitbewerber, für den CHOCOSUISSE jährlich beträchtliche Mittel einsetzt. CHOCOSUISSE ist ferner arbeitgeberseitiger Sozialpartner mit eigenem Branchen-GAV und bietet den Mitglied-Firmen mit einem kleinen Team von Spezialisten bedarfsgerechten Support in betriebswirtschaftlichen, fachspezifischen und rechtlichen Belangen.

Weitere Informationen:

www.chocosuisse.ch



economiesuisse

Bahn 2030: Finanzierung setzt falsche Anreize

29.03.2010 09:52

Das Bundesamt für Verkehr und die SBB haben am 23. März über den Stand der Planung zur Bahn 2030 informiert. „Bahn 2030 heisst mehr Sitzplätze, mehr Züge und mehr Platz in den Bahnhöfen“ sagt der scheidende Direktor des BAV Max Friedli. economiesuisse zeigt sich besorgt über die Finanzierung und fordert, dass diese verursachergerecht ausfällt.

Bahn 2030: Angebotskonzept, Finanzierungsvorlage und Bauprogramm zugleich

Das Projekt Bahn 2030 soll unter anderem Engpässe auf der stark ausgelasteten Ost-West-Achse beseitigen. Erste Priorität haben zudem Ausbauten in den Bahnhöfen Lausanne und Genf sowie die Erhöhung von Tunnel- und Streckenprofilen im Wallis. An vielen Orten müssten die Zugänge zu den Zügen vergrössert und die Energieversorgung angepasst werden. Für den Güterverkehr seien Massnahmen am Jura-Südfuss und zwischen Basel und Zürich vorgesehen. Dass die Schieneninfrastruktur ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaft Schweiz ist steht ausser Frage, die geplanten Ausbauvarianten von 12 Mrd. bzw. 21 Mrd. Franken kommen dennoch zu einem schlechten Zeitpunkt, da nicht einmal der laufende Betrieb und Unterhalt des bestehenden Netzes finanziert sind.

Wirtschaft fordert Priorisierung der bestehenden Projekte sowie eine verursachergerechte Finanzierung

Seitens der Wirtschaft wäre das BAV gefordert, zunächst die Finanzierung des bestehenden Netzes sicherzustellen, denn nach wie vor steht der Bedarf von rund 850 Mio. Franken pro Jahr im Raum. Dabei muss der Fokus auf die Infrastrukturnutzer gelegt werden: Die Trassenpreise müssen erhöht werden und gleichzeitig müssen Personen- und Güterverkehr gleichen Zugang zu den Trassen erhalten. Die Trassenvergabe muss unabhängig von SBB und BAV geführt werden. Ausserdem fordert die Wirtschaft, dass künftige Projekte verstärkt nach volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskriterien bewertet werden.

Erst wenn die Finanzierung sichergestellt ist, sollen neue Projekte wie die Bahn 2030 in Angriff genommen werden. Wachstum um jeden Preis darf gerade bei einer hochsubventionierten Infrastruktur nicht die Stossrichtung sein. Die grosse Herausforderung wird dann darin bestehen, die einzelnen Projekte nach volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskriterien zu bewerten. Dies ist bislang nie erfolgt, vielmehr standen politische Überlegungen im Vordergrund. Die Finanzierung der Projekte der SBB muss verursachergerecht erfolgen. Die Nutzung von Strassenabgaben wie Road Pricing, LSVA oder eine Mehrwertsteuererhöhung sind keine geeigneten Instrumente, da sie falsche Anreize setzen.

Rückfragen:

dopminique.reber@economiesuisse.ch



economiesuisse

KMU-Portrait: Die Welt ist dreidimensional

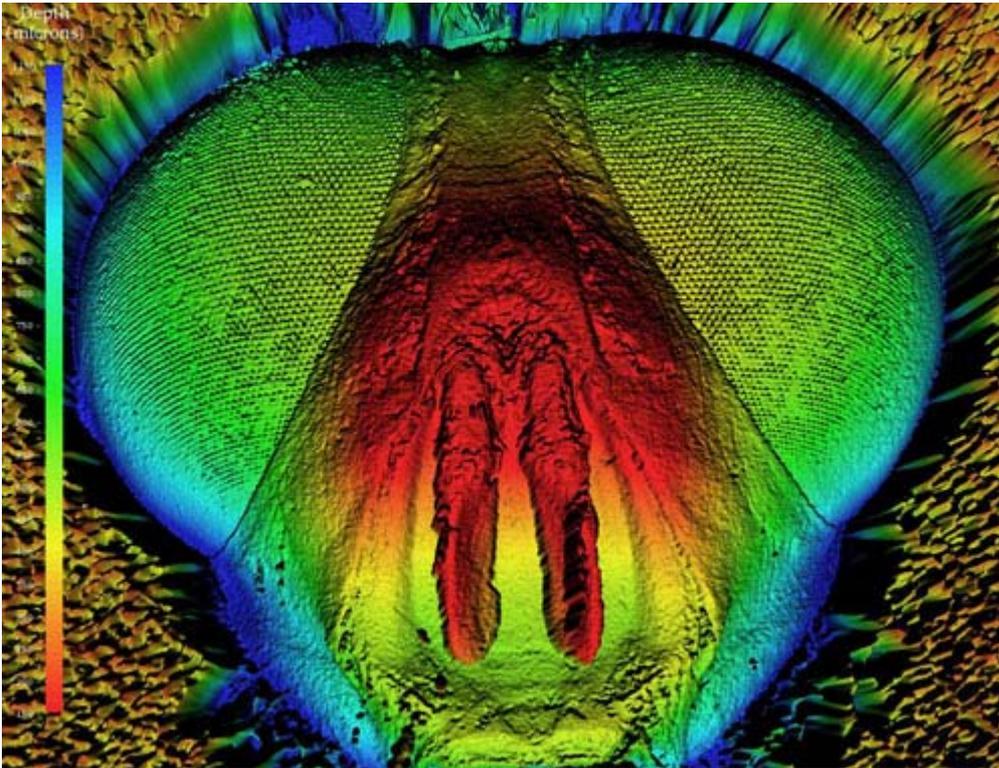
01.04.2010 17:00

Spätestens seit Avatar ist die Filmindustrie im Bann der 3D-Technik. Dank HELIOTIS setzt die Dreidimensionalität auch auf mikroskopischer Ebene zum Siegeszug an. Während die Blockbusters unser Auge manipulieren, ist es HELIOTIS gelungen, das menschliche Auge digital zu simulieren. Mit der Echtzeit-3D-Imagingtechnologie hat die Innerschweizer Firma eine technologische Revolution eingeleitet, deren Anwendungsbereich und Potenzial immens sind.

HELIOTIS ist eines von neunundzwanzig Start-up-Unternehmen, das bis anhin aus dem Centre suisse d'électronique et de microtechnique (CSEM) hervorgegangen ist. Während zehn Jahren wurde am renommierten privaten Forschungs- und Entwicklungszentrum in Zusammenarbeit mit der Zentronica AG die sogenannte Echtzeit-3D-Imagingtechnologie entwickelt. Da der mikroskopische Bereich seit seiner Entdeckung auf zwei Dimensionen beschränkt war, kommt diese Erfindung einer technologischen Revolution gleich. Das ursprünglich erklärte Ziel der intensiven Forschungstätigkeit war denn auch die 3D-Mikroskopie – das wahre Potenzial indes kam erst im Laufe der Entwicklung zum Vorschein.



Grundlage der Echtzeit-3D-Imagingtechnologie ist ein Bildsensor in der Form eines CMOS-Chips, der in eine digitale Kamera eingebaut wird. Dieser High-Speed-Sensor erlaubt eine dreidimensionale Aufnahme in kürzester Zeit – bis zu einer Million Schnittbilder können pro Sekunde aufgenommen werden. Die Funktionsweise ist vergleichbar mit der Ultraschalltechnologie, doch im Gegensatz zu dieser wird eine Lichtquelle von geringer Kohärenz eingesetzt. Die extrem kurze Zykluszeit sowie die Möglichkeit, die Bildaufnahmen bereits im Pixel zu verarbeiten und auszuwerten, macht die sogenannte parallele Optische Kohärenz-Tomographie einzigartig und praktisch konkurrenzlos.



Dank der Echtzeit-3D-Imagingtechnologie dürfte der lästige und oft zu ungenaue Silikonabdruck beim Zahnarzt schon bald der Vergangenheit angehören. Denn zusammen mit einem Schweizer Dentalgerätehersteller hat HELIOTIS einen medizinischen Scanner entwickelt, der ein exaktes Abbild der Zähne liefert – dreidimensional und digital, versteht sich. Auch der Forensik hat HELIOTIS zu einem Quantensprung verholfen, der vor allem in Nordamerika einem Segen gleichkommt. In Zusammenarbeit mit der kanadischen Firma Pyramidal Technologies wurde ein Scanner entwickelt, der die Rillenstruktur eines Projektils im Detail digitalisiert. Anstelle von mehreren Monaten kann so in kürzester Zeit die entsprechende Schusswaffe eruiert werden. In den USA, wo die Behörden jährlich 2 Millionen Projektile zur Prüfung und Beweisführung erhalten, bedeutet der Scanner eine enorme Hilfe und wird sogar Leben retten. Auch in der Materialforschung und bei Industrieprojekten ist man auf die parallele Optische Kohärenz-Tomographie aufmerksam geworden. So ist HELIOTIS seit Jahren erfolgreich in der Uhrenindustrie tätig, denn eine dreidimensionale Darstellung des komplexen Innenlebens einer Uhr bringt auch in diesem Bereich grosse Vorteile.

Es ist nicht verwunderlich, dass Nachhaltigkeit und Vielfältigkeit zu den zentralen Werten von HELIOTIS gehören. Zur Umsetzung dieser Philosophie kann das Unternehmen auf starke Partner aus der Region zählen, denn 80 Prozent der Tätigkeit laufen ausserhalb der Firma ab. Zweifelsohne hat der Siegeszug von HELIOTIS gerade erst begonnen. Die starke Diversifizierung, langfristige Lieferverträge sowie ein Portfolio an Patenten, auch auf internationaler Ebene, sind hervorragende Zukunftsaussichten. Auch 2009 war trotz der schwächelnden Wirtschaft ein profitables Jahr und hat der Firma erlaubt, sich besser zu positionieren. Bei einem erwarteten Wachstum von 70 bis 80 Prozent für das laufende Jahr wird die jetzige Mitarbeiterschaft von sechs Angestellten schon bald exponentiell ansteigen.

Weitere Informationen:

www.heliotis.ch



economiesuisse

Erste Schritte nach Kopenhagen: Rolle der Privatwirtschaft

29.03.2010 13:37

Nach dem Stillstand der UNO-Weltklimakonferenz von Dezember 2009 in Kopenhagen und zur Wiederbelebung der Gespräche unter den beteiligten Akteuren hat ICC Switzerland zusammen mit dem Business Humanitarian Forum, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der University for Peace (UPEACE) zwei Workshops organisiert. Die Anlässe vom 23. März in Genf und vom 25. März 2010 in Zürich standen unter dem Thema „First Steps after Copenhagen: The Private Sector's Role in Dealing with Climate Change“.

Die Workshops sollten zeigen, welche Rolle die Privatwirtschaft im Bereich Klimawandel, im Prozess nach Kopenhagen und im politischen Rahmen spielt bzw. spielen sollte, wie der Privatsektor die aktuellen Herausforderungen bewältigt und wie er sich für eine CO₂-reduzierte Wirtschaft engagiert. An den beiden Workshops beteiligten sich über 100 Vertreter von Unternehmen und Nicht-regierungsorganisationen von Universitätskreisen, bei denen die Initiative grossen Anklang fand.

In den ausgezeichneten Beiträgen der multinationalen Konzerne, der UNO-Organisationen und der Universitätskreise wurde das komplexe Thema Klimawandel aus unterschiedlicher Warte beleuchtet. Daneben wurden in den Diskussionen Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor entwickelt. Die Workshops können als wertvolle erste Schritte hin zu einem Vertrauensprozess betrachtet werden.

Weitere Informationen:

info@icc-switzerland.ch